



Abtreibungsgegnerin in Kalifornien: „Es ist wie im Bürgerkrieg“

Bürgerkrieg, wo es auch keine Position in der Mitte gibt“, so Ruth Pakaluk von der Organisation Massachusetts Citizens for Life.

Daß vor dem Urteil 1973 mehr Frauen unter den Händen von Engelmachern starben als danach, ist für fanatische Abtreibungsgegner wie Randall Terry kein Argument. Zuh arbeiten er und seine Mitstreiter auf ein totales Abtreibungsverbot hin, beflügelt von der Überzeugung, daß in Amerika, diesem „Leuchtturm der Menschheit“, nicht sein darf, was anderswo erlaubt ist.

„Jesus hilf uns“, entfährt es ihm, wenn er mit den Frontsoldaten der Operation Rescue am frühen Morgen irgendwo in den USA unterwegs zu einer Abtreibungsklinik ist. Während die Eingänge blockiert werden, fangen selbsternannte „Bürgersteig-Berater“ Frauen auf dem Weg in die Klinik ab, um ihnen in letzter Minute einen Schwangerschaftsabbruch auszureden.

„Terroristen“ nennt Faye Wattleton, die Präsidentin der 177 amerikanischen „Planned Parenthood“-Frauenkliniken, die Terrys Blockierer. Zu zwei Dritteln sind diese Evangelikale, der Rest Katholiken. Über 35 000 willige Helfer in 200 US-Städten gebietet Terry derzeit. Nach dem Urteil des Obersten Gerichts erwartet er Massenzulauf.

250 „Errettungsaktionen“ hat Operation Rescue seit Herbst 1987 durchgeführt, fast 25 000 „Retter“ kamen dabei in Haft. „Unseren Leuten“, so Terry, „wurden Arme und Beine gebrochen.“ Pastoren und Pfarrer sind unter ihnen, sogar der katholische Weihbischof der Diözese New York mußte bei einer Rescue-Aktion ins Gefängnis.

Zweifel an der Richtigkeit ihres Tuns befällt die Erretter nicht. Tritt Terry bei

einer Pressekonferenz gegen die Abtreibungsfreiheit auf, ist auch ein Fötus, „ermordet in der 19. Schwangerschaftswoche“, dabei. In Formaldehyd schwimmt das „kleine Mädchen“, bis es zur Demonstration in einem winzigen, mit weißem Satin ausgelegten Sarg ausgestellt wird.

Jetzt wollen sich Terrys Truppen die Parlamente der Einzelstaaten zum Ziel nehmen. „Auf Staats- und Kreisebene werden wir das größte legislative Programm der amerikanischen Geschichte in Gang bringen“, verspricht Pastor Arthur Tomlinson.

Dort, in den Bundesstaaten und Kreisen, wird die Operation Rescue auf Amerikas Frauenverbände und liberale Bürgerrechtsgruppen stoßen. Zwischen den Fronten der Pressure-groups lavieren die 7461 Senatoren und Abgeordneten der 50 Staatsparlamente.

Viele von ihnen sind keine Berufspolitiker, sondern finden sich zweimal im Jahr in den Staatshauptstädten unter den Kuppeln ihrer Kapitole ein, um über Steuern und Lotterien, Straßenbauten und Strompreise zu befinden. „So richtig Überzeugte in der Abtreibungsdebatte gibt es nur wenige unter uns“, sagt Gene Waldorf, Senator im Parlament von Minnesota. Die übrigen werden sich Überzeugungen zulegen und Farbe bekennen müssen.

Denn Minnesota ist einer von drei Staaten, in denen die Scharfmacher sich gute Chancen für eine scharfe Einschränkung der Abtreibungsfreiheit ausrechnen. Schwer wird es für sie in jenen 13 Staaten, in denen die Behörden armen Frauen die Schwangerschaftsunterbrechung bezahlen.

Dazwischen liegen 34 Bundesstaaten, die Burke Balch vom National Right to

Life Committee schon vorab zu „Schlachtfeldern“ erklärt hat, weil „unsere Freunde auf der Gegenseite dort genauso breite Unterstützung haben wie wir“.

Zu den Verlierern der Abtreibungsdebatte könnte die Republikanische Partei des Präsidenten George Bush zählen, die seit Mitte der siebziger Jahre eng mit den Abtreibungsfeinden zusammenarbeitet. Im Parteiprogramm lehnt sie die Abtreibungsfreiheit ab, Bush fordert gar einen Verfassungszusatz und damit ein einheitliches bundesweites Verbot des Schwangerschaftsabbruchs.

Andererseits sind gerade die Republikaner im Kongreß nicht bereit, staatliche Mittel für die medizinische Versorgung Schwangerer und Kleinkinder zu bewilligen. Nur der Einspruch der amerikanischen Milchindustrie rettete zu Beginn der Ära Reagan eine wichtige Ernährungsbeihilfe für Schwangere und Kleinkinder – Kinder sind gewollt, nur kosten dürfen sie den Staat nichts.

Kommt die US-Frauenbewegung jetzt richtig in Fahrt, droht den Republikanern ein Einbruch: Ihre Wählerkoalition aus Abtreibungsgegnern und vorstädtischen Mittelkläßlern könnte zerbrechen, weil viele Suburbia-Republikaner fiskalisch konservativ, gesellschaftspolitisch jedoch liberal sind.

Bei ihnen verfängt, wovon der demokratische Kongreßabgeordnete Don Edwards nach dem Abtreibungsurteil schon genüßlich warnte: Das Gericht habe „den Staat in die Schlafzimmer amerikanischer Familien geladen“.

GRIECHENLAND

Im Reißwolf verschwunden

Konservative und Kommunisten wollen die Skandale der Sozialisten aufklären, doch die schaffen schnell noch Akten beiseite.

Mit Patriotismus versuchte Kommunisten-Führer Charilaos Florakis den Pakt mit dem Erzfeind zu rechtfertigen: „Was ist denn patriotischer als das?“

Sein Partner, der Vorsitzende der konservativen Nea Dimokratia, Konstantin Mitsotakis, bemühte ebenfalls das Vaterland und feierte die gemeinsame Athener Übergangsregierung mit der Linksallianz als „nationalen historischen Kompromiß“.

Die seltsame Koalition, von den ausmanövrierten Sozialisten des korrupsionsbeschädigten Ex-Premiers Papanou zur „unheiligen Allianz“ erklärt, ist ohne Beispiel. Sie hat Griechenlands politische Szene drastisch verändert und viele Menschen in beiden Lagern verstört.

Noch immer wirken die blutigen Schlachten zwischen Rechten und Lin-

ken aus den vierziger Jahren nach: In einem grausamen, über dreijährigen Bürgerkrieg kamen damals etwa 150 000 Griechen ums Leben, wurden weite Teile des Landes verwüstet.

Auch die Anführer des neuen Bundes waren damals Gegner. Der kretische Junganwalt Mitsotakis leistete als Mitglied einer rechten Organisation Widerstand gegen die deutschen Besatzer auf Kreta. Er einigte sich immerhin mit den kommunistischen Partisanen und hielt die Insel vom Bürgerkrieg frei.

Kommunist Florakis, ein ehemaliger Postbeamter, führte als gefürchteter „Kapetan Yotis“ die 1. Division der „Demokratischen Armee“ im Bürgerkrieg gegen die Regierungstruppen. Mehrmals zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, verbrachte er 18 Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Jahrzehntlang wurden die Kommunisten von den Rechten als „Banditen“ und „Verräter“ angeprangert.

Dabei war es der konservative Premier Konstantin Karamanlis gewesen, der die KP legalisierte und Florakis und Genossen den Einzug ins Parlament erleichterte. Als jedoch vor sechs Jahren der sozialistische Ministerpräsident Papandreou beschloß, auch kommunistischen Widerstandskämpfern eine Altersrente zu gewähren, legten sich die Konservativen quer.

Der Sozialistenführer pflegte die Kommunisten auch weiterhin: Anfang des Jahres setzte er eine Wahlrechtsänderung durch, die den bisher benachteiligten kleinen Parteien mehr Mandate zukommen ließ: Papandreou wollte die Kommunisten als künftige Koalitionspartner aufbauen, um bei einem Verlust der Mehrheit im Parlament dennoch die Macht zu behalten.

Doch dann führte das gemeinsame Ziel, die Herrschaft der in Finanz- und Waffenskandale verstrickten Sozialisten zu beenden und die Schuldigen zu bestrafen, Konservative und Kommunisten immer näher zusammen. Beide proklamierten die „Katharsis“ (Reinigung) vom Schmutz der Papandreou-Zeit. Nach den Wahlen vom 18. Juni fiel der Linksallianz die Schlüsselrolle zu: Ohne ihre 28 Mandate konnten weder Mitsotakis noch Papandreou regieren.

Von beiden als Koalitionspartner umworben, blieb Florakis bei seiner Forderung, eine „ökumenische“ Regierung unter Ausschluß aller Parteiführer zu bilden. Doch gerade darauf mochten die Führer der beiden großen Parteien zunächst nicht eingehen, jeder beanspruchte das Amt des Ministerpräsidenten für sich.

Erst als die Kommunisten selbst mit der Suche nach einer Regierungsmehrheit betraut wurden, zeigten sich die Großen kompromißwillig. Die Sozialisten boten sogar an, in einer Koalitionsregierung mit den Kommunisten selbst die Katharsis einzuleiten: Papandreou

wollte seine Ex-Minister vor ein Sondergericht stellen lassen, wenn er selbst ausgespart bliebe. Auch dürften, so der Ex-Premier, von den vier großen prozeßkräftigen Skandalen zwei überhaupt nicht aufgerollt werden: Waffenexporte und Rüstungsgeschäfte sowie eine Betrugssaffäre mit EG-Subventionen zur Ausfuhr von jugoslawischem Mais.

Papandreou, der selbst bis zum Krage in den Affären steckt, war bereit, auf das Amt des Ministerpräsidenten zu verzichten, und schlug als Regierungschef eine Persönlichkeit vor, die keiner der zwei Parteien angehören dürfte.

Als Florakis darauf beharrte, an der Regierung sollten auch die Konservativen beteiligt werden, lehnte Papandreou schroff ab. Den Kommunisten blieb



Regierungspartner Florakis, Mitsotakis „Unheilige Allianz“

keine andere Wahl, als mit den Rechten handelseinig zu werden.

Sie standen unter Zeitdruck, Staatspräsident Sartzetakis war entschlossen, auch bei einem Scheitern der Kommunisten das Parlament noch vor dessen Konstituierung aufzulösen und Neuwahlen binnen 30 Tagen auszusprechen.

Dann aber hätte das Parlament keine Strafverfahren gegen korrupte Papandreou-Minister mehr einleiten können, die Vergehen wären verjährt. Die Kommunisten hätten sich vorwerfen lassen müssen, den Korruptionären Straffreiheit verschafft zu haben.

Konservativenchef Mitsotakis verzichtete deshalb in letzter Minute auf den Anspruch, Ministerpräsident zu werden. Rasch verpflichteten sich Konservative und Kommunisten, für drei Monate eine Koalition zu bilden, deren Hauptaufgabe es sein soll, die Katharsis durchzuzie-

hen, die demokratische Funktion der Institutionen wiederherzustellen und dann Neuwahlen für Oktober auszuschreiben.

Neuer Regierungschef wurde der gemäßigte konservative Politiker Tzannetakis, 62, ein ehemaliger U-Boot-Kommandant. Er bringt zwar wenig Regierungserfahrung mit, dafür aber Verdienste um den Widerstand gegen die Diktatur: Tzannetakis war der einzige Offizier, der einen Tag nach dem Obristen-Putsch im April 1967 seinen Abschied nahm; er saß monatelang in den Folterzellen der berüchtigten Militärpolizei und wurde auf eine Insel verbannt.

Um den Eindruck zu vermeiden, sie wollten auf Dauer mit den Rechten zusammengehen, besetzten die Linken nur 4 der insgesamt 22 Ministerämter, darunter freilich nicht nur das für die Wahlen wichtige Innenministerium, sondern auch das Justizministerium, das die Aufsicht über die Säuberung führt.

Das neu gewählte Parlament wird nun einen Untersuchungsausschuß bilden und noch in der Amtszeit des Übergangskabinetts die Justiz einschalten. Auf der Liste der Verdächtigen stehen bereits 15 Papandreou-Minister, dazu enge Vertraute des ehemaligen Regierungschefs, letztlich wohl auch Papandreou selbst.

Mit dem Ernst der Lage konfrontiert, schafften die überraschten Verlierer vor dem Einzug der neuen Regierungsmannschaft eilends belastendes Material beiseite. Ganze Papierberge wurden abtransportiert, verschwanden im Reißwolf oder im Mülleimer. Als die neuen Machthaber am vorvergangenen Sonntag gleich nach der Vereidigung in ihren Ministerien erschienen, fanden sie kaum noch Unterlagen vor, einige kamen gar nicht erst in die von den Vorgängern verschlossenen Dienstzimmer.

Auch der neue Premier stieß in den Räumen seines Amtsvorgängers Papandreou nur auf leere Schränke. Ein Papandreou-Berater erklärte dem verdutzten Tzannetakis: „Immer wenn ein Problem gelöst war, haben wir die Unterlagen zerrissen.“ Dreist fügte er hinzu: „Weil wir alle Probleme gelöst haben, gibt es auch keine Dokumente mehr.“

Nun drohen den Sozialisten und ihren Amtshelfern neue Strafanträge: diesmal wegen Unterschlagung öffentlicher Urkunden. ◆